

Vorlage für die Sitzung des Senats am 06.10.2020

„Thema „Koloniales Erbe“ in den Bildungsplänen der Bremer Schulen“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie sind die Themen koloniale Geschichte sowie Umgang mit dem kolonialen Erbe in den Bildungsplänen der allgemein- und berufsbildenden Schulen des Landes Bremen bisher verankert?
2. Plant der Senat, diese Themenbereiche verstärkt in die Bildungspläne aufzunehmen, auch im Hinblick auf die Entwicklung eines Erinnerungskonzeptes Kolonialismus?
3. Ist dem Senat die Petition „Rassismuskritische Lehre: Anti-Rassismus und Kolonialgeschichte in Bremen unterrichten“ auf dem Internetportal change.org bekannt und wie beabsichtigt er, auf diese zu reagieren?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

In den kompetenzorientierten Bildungsplänen aller Schulen im Lande Bremen sind inhaltliche Bezugspunkte zum Thema koloniales Erbe verankert. Bereits in der Grundschule setzen sich Kinder mit den *Lebensbedingungen von Kindern aus einem Land Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas* auseinander und reflektieren diese in Bezug zu ihren eigenen Lebensbedingungen. Sie lernen bei Stadtteilerkundungen *Spuren vergangener Zeiten in der nahen Umgebung* kennen. Hierzu nutzen sie zum Beispiel das Antikolonialdenkmal ebenso wie die Recherche zu Straßennamen.

Für Oberschulen formuliert der Bildungsplan des Faches Gesellschaft und Politik die Kompetenz, „die *Verbindung zwischen dem Kolonialismus und der Entwicklung Bremens/ Bremerhavens aufzeigen*“ zu können. Der Bildungsplan Welt-Umweltkunde, Geschichte,

Geografie und Politik für das Gymnasium verortet die Befassung mit *Kolonialherrschaft und Imperialismus* sowie mit der *Dekolonisation und dem kolonialen Erbe* in der 9. Jahrgangsstufe im Themenbereich „Imperialismus und Erster Weltkrieg“.

An den Berufsbildenden Schulen bereitet der Politikunterricht auf typische Konfliktformen in der Gesellschaft sowie in den Lebens- und Arbeitsbereichen der Lernenden vor. Daher werden anlassbezogen anhand tagespolitischer, zeit- und weltgeschichtlicher Ereignisse Themen beispielsweise im Rahmen von „Aktuellen Stunden“ behandelt und eingeordnet.

Moderner Unterricht basiert nicht nur auf den Themen, die die Bildungspläne explizit benennen. Als Querschnittsthema wird die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe z.B. im Rahmen der Kooperationen von Schulen mit Museen thematisiert. Insbesondere das Übersee-Museum reflektiert mit hoher Sensibilität das koloniale Erbe im Kontext seiner Sammlungen. Schulen nutzen für den Unterricht des Weiteren das umfangreiche Angebot der Landeszentrale für politische Bildung. So wird regelmäßig die koloniale Geschichte auch bei Antirassismustagen vor allem der 42 „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ im Land Bremen thematisiert, im Zusammenhang mit dem Thema Europa aufgegriffen sowie individuell in Fach- oder Wettbewerbsarbeiten vertieft.

Diese Vorgaben befähigen Schülerinnen und Schüler, eine eigene historische und aktuelle Verantwortung zu erkennen und Verständnis für andere Vorstellungen und kulturelle Werte zu entwickeln.

Zu Frage 2:

Wie in der Beantwortung zu Frage 1 ausgeführt, ist die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe ein Querschnittsthema, das in Bezug zur Stadt- und Landesgeschichte altersgerecht zu vermitteln ist. In Verbindung mit den im Bremischen Schulgesetz in § 5 benannten Bildungs- und Erziehungszielen ist bereits jetzt eine für **alle** Schulen geltende, normierende Grundlage für diesen Themenkomplex gegeben. Eine weitere Ausdifferenzierung des Themas stellt keine unabdingbare Voraussetzung für eine Auseinandersetzung dar und wäre angesichts einer Vielzahl vergleichbarer Themenbereiche nicht darstellbar.

Zu Frage 3:

Petitionen im Sinne des Gesetzes sind Eingaben, die Personen einzeln oder zusammen an eine Volksvertretung richten und mit denen staatliche Stellen zu einer Veranlassung in Bezug auf einen bestimmten Sachverhalt aufgefordert werden sollen. In einem solchen Falle fordert die Bremische Bürgerschaft in der Regel das betreffende Senatsressort zu einer Stellungnahme sowie zu einer Empfehlung für den Umgang mit dem Sachverhalt auf. Auf Petitionen, die den Senat auf diese Weise erreichen, wird entsprechend dieser Verpflichtung

reagiert.

Hiervon zu unterscheiden sind Initiativen oder Begehren, die über verschiedene Portale im Internet gestartet und ohne regionale oder formale Beschränkung mitgezeichnet werden können. Bei diesen besteht keine verpflichtende Befassung durch eine öffentliche Stelle oder eine Volksvertretung. Um eine solche Initiative handelt es sich bei dem genannten Begehren auf dem Internetportal Change.org., das der Senat im Zusammenhang mit dieser Anfrage zur Kenntnis genommen hat. Zu der darin aufgestellten pauschalen Behauptung, Kinder würden über Rassismus, Kolonialismus und Migrationsgeschichte bildungspolitisch unzulänglich aufgeklärt, wird auf die Beantwortung der Fragen 1 und 2 verwiesen.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Es sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen mit der Antwort verbunden.

Die dargestellten Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe sind geeignet, die Sensibilität von Schüler*innen, Lehrer*innen und anderen Schulbeteiligten auch im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit zu schärfen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister geeignet.

Datenschutzrechtliche Belange sind nicht betroffen.

G. Beschluss

Der Senat beschließt die vorliegende Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung vom 28.09.2020 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion DIE LINKE „Thema „Koloniales Erbe“ in den Bildungsplänen der Bremer Schulen“ vom 17.09.2020.